

**Zentrale Anmeldung bei der Stadtverwaltung Geislingen,
Kindergartenverwaltung, Hauptstraße 1, 73312 Geislingen**

Stadtverwaltung
Geislingen

Katholische
Kirchengemeinde

Evangelische
Kirchengemeinde

Anmeldung zur Kinderkrippe:

Angaben zum angemeldeten Kind

Name _____

Vorname _____

Geschlecht männlich weiblich divers

Geburtsdatum _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

gemeldet in Geislingen seit _____

Staatsangehörigkeit _____

Kind spricht deutsch ja nein

Auszufüllen von der Kindergartenverwaltung:

Eingang am :

Kopie an KiGa erl. am:

WinKita erl. am:

Anmeldung fristgerecht: ja nein

Anmeldung zum Kindergarten:

Lindenhof ()

Niemöller ()

Siedlungsstrolche ()

St.Elisabeth ()

Tegelberg ()

**(Bitte max. 3
Wunscheinrichtungen mit
Angabe der Priorität 1-3)**

gewünschter Aufnahmemonat: _____ (Monat/Jahr)
(Beginn der Eingewöhnung)

Angaben zu Geschwistern, die im selben Familienhaushalt leben und für die Kindergeld gezahlt wird und/oder ein Freibetrag vom Finanzamt anerkannt wird:

Name, Vorname	Geburtstag	Besucht die Einrichtung (Kiga, Schule, ...)

Angaben zu den Erziehungsberechtigten

Name, Vorname

Name, Vorname

Berufstätig Ja Nein

Alleinerziehend Ja Nein

(Nachweis alleiniges Sorgerecht erforderlich!)

Berufstätig Ja Nein

Alleinerziehend Ja Nein

Krippe

Auszug aus der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen der Stadt Geislingen an der Steige

ab 01.09.2023

§ 2

Gebührensschuldner

1. Zur Zahlung der Gebühren sind die Sorgeberechtigten verpflichtet.
2. Mehrere Gebührenschuldner haften als Gesamtschuldner.
3. Kommt der Gebührenschuldner mit der Entrichtung der Gebühren für einen Zeitraum von mehr als 2 Monaten in Verzug und entrichtet er die geschuldeten Gebühren trotz einer ausgesprochenen Mahnung nicht, kann die Zulassung des Kindes zum Besuch der Betreuungseinrichtung widerrufen werden.
4. Bezieht ein Gebührenschuldner Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende) oder SGB XII (Sozialhilfe) oder SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz) und werden die Gebühren deshalb vom Landkreis Göppingen übernommen, so wird bei allen Betreuungsformen die Grundgebühr Stufe II (mittleres Einkommen) mit 1 Kind in der Familie - je nach verbindlich gewählter Betreuungszeit – erhoben.

§ 4

Gebührenmaßstab für alle Einrichtungen

1. Die Gebühren werden für jedes Kind erhoben, das eine Betreuungseinrichtung besucht.

Die Gebühren richten sich

- nach der Betreuungsdauer in der Einrichtung,
- und der Art der Einrichtung,
- der Anzahl der im selben Familienhaushalt lebenden Kinder für die vom Arbeitgeber oder der Familienkasse des Arbeitsamtes Kindergeld gewährt wird
- und dem Jahresbruttoeinkommen der Gebührenschuldner.

Die Stadt gewährt Familien und Alleinerziehenden, die ihren ständigen Wohnsitz in Geislingen haben, als freiwillige Leistung in Form eines einkommensabhängigen Zuschusses eine Ermäßigung der Gebühren für Kindertagesstätten. Der Umfang der möglichen Ermäßigung richtet sich nach dem Jahresbruttoeinkommen und der Familiengröße. Eine Ermäßigung ist für Kinder von Familien oder Alleinerziehenden möglich, für die Kindergeld vom Arbeitgeber oder der Familienkasse des Arbeitsamtes gewährt wird.

Für Kinder über 18 Jahren, für die Kindergeld gewährt wird, ist ein Nachweis über die Zahlung bei der Antragstellung vorzulegen. Adoptivkinder sind leiblichen Kindern gleichgestellt.

Für Familien, die ihren ständigen Wohnsitz nicht in Geislingen haben, werden die Entgelthöchstsätze unter Berücksichtigung der Kinderzahl erhoben.

2. Die Familienermäßigung wird ausschließlich auf Antrag und entsprechend § 4 Nr. 7 gewährt. Wird kein Antrag auf Familienermäßigung gestellt, werden automatisch die jeweiligen Entgelthöchstsätze (Stufe III) erhoben. Die Familienermäßigung wird frühestens ab dem Folgemonat gewährt, sofern diese bis spätestens 15. eines Monats bei der Kindergartenverwaltung vorliegt.

3. Die Gebühren richten sich nach dem Jahresbruttoeinkommen.

Es ist maßgeblich für die Einteilung in eine der drei Einkommensstufen. Die Einkommensabgrenzung zwischen Einkommensstufe I und II orientiert sich an einem Gehalt eines alleinverdienenden, ungelerten Arbeiters (Entgeltstufe E3 Stufe 6 TVöD), die Einkommensabgrenzung der Einkommensstufe II und III ist die Pflichtversicherungsgrenze der Krankenversicherung zuzüglich eines Minijobs.

Das maßgebende Jahresbruttoeinkommen ist die Summe des im vorangegangenen Kalenderjahr erzielten Gesamtbetrages der positiven Einkünfte gemäß § 2 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes (EStG) aller Familienmitglieder des Gebührenschuldners nach § 2 der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Geislingen an der Steige, nach Abzug der vom Finanzamt anerkannten Werbungskosten, mindestens aber in Höhe des Pauschbetrags gem. § 9 a Nr. 1 (EStG).

Negative Einkünfte vermindern das Einkommen somit nicht.

Einkommen ist,

- Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit, einschließlich Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. und eventuell weitere Gehälter,
- steuerfreie Arbeitsentgelte aus einer geringfügigen Beschäftigung nach § 3 Nr. 39 EStG
- Basiselterngeld/Elterngeldplus ab einem Betrag von 300,00 Euro/150,00 Euro
- Einkünfte aus selbstständiger Arbeit,
- Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- Einkünfte aus Vermietung,
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft und
- sonstige Einkünfte im Sinne des §§ 22 Einkommenssteuergesetz

Zum Einkommen zählen zusätzlich der steuerfreie Teil der Renten, Betriebsrenten, Krankengeld, Arbeitslosenhilfe und -geld, Insolvenzgeld, Unterhaltszahlungen u.ä., jedoch nicht das Kindergeld. Eine Verrechnung mit Verlusten, mit Verlusten aus anderen Einkunftsarten oder mit Verlusten anderer Familienangehöriger ist nicht zulässig.

Für im Haushalt lebende Menschen mit Behinderung kann an Stelle einer Steuerermäßigung nach § 33 EStG ein Pauschbetrag gemäß § 33 b EStG geltend gemacht werden. Die Höhe des Pauschbetrags richtet sich nach dem dauernden Grad der Behinderung.

4. Dem Jahresbruttoeinkommen nach § 3 Abs. 3 dieser Satzung von Beamtinnen und Beamten ist aufgrund fehlender Beitragszahlungen zur gesetzlichen Sozialversicherung ein Zuschlag von 10 % hinzuzurechnen. Bei Selbstständigen, Landwirten und vergleichbaren Berufen wird der aktuelle Steuerfreibetrag abgesetzt.
5. Bei Lebensgemeinschaften ist das Einkommen beider Partner maßgebend.
6. Verringert sich im laufenden Kalenderjahr das Einkommen gegenüber dem des vorangegangenen, kann eine weitergehende Ermäßigung beantragt werden, sofern aufgrund des voraussichtlich entstehenden Jahresbruttoeinkommens des laufenden Jahres, eine höhere Ermäßigung möglich ist. Bei Verlust der Arbeitsstelle ist ein entsprechender Nachweis (Kündigungsschreiben des Arbeitgebers, Bestätigung über die Abmeldung bei der Knappschaft) vorzulegen.

Eine weitergehende Ermäßigung kann auch beantragt werden, wenn sich durch Geburt oder Adoption die Familie vergrößert. Diese kann frühestens ab dem Folgemonat gewährt werden, sofern die Mitteilung an die Kindergartenverwaltung bis spätestens 15. eines Monats erfolgt ist.

Erhöht sich das Einkommen im laufenden Kalenderjahr gegenüber den Angaben zu Beginn des Kindergartenjahres und wird dabei die bisherige Einkommensgrenze überschritten, so wird ab dem Folgemonat das erhöhte Einkommen für die Berechnung der Gebühren zugrunde gelegt. (Änderungen hat der Gebührenschuldner rechtzeitig mitzuteilen, siehe Ziffer 9).

7. Der Gebührenschuldner hat zu Beginn des Besuches des betreffenden Kindes im Kindergarten eine Erklärung darüber abzugeben, welche Einkommensgrenze für ihn maßgebend ist. Wird keine Erklärung abgegeben, wird der Höchstsatz berechnet. Aufgrund der Erklärung wird der schriftliche Gebührenbescheid erhoben.

Das jährliche Bruttoeinkommen ist bei der erstmaligen Beantragung der Familienermäßigung vor Aufnahme des Kindes in eine Kindertagesstätte der Kindergartenverwaltung in geeigneter Form durch aktuelle Einkommensunterlagen (z.B. Vorlage der letzten 3 Gehaltsabrechnungen) nachzuweisen. In den Folgejahren muss eine neue Familienermäßigung eingereicht werden, sobald sich Veränderungen ergeben.

Die Stadtverwaltung ist berechtigt, durch Stichproben und in Zweifelsfällen die Einkommensverhältnisse zu überprüfen. Falsche Angaben führen zur Rückzahlungsverpflichtung für die gewährte Ermäßigung sowie u. U. zum Ausschluss von Leistungen. Die Stadt behält sich außerdem vor, gegebenenfalls strafrechtliche Schritte einzuleiten.

8. Andere Einkünfte im Sinne von Nr. 3 sind zusätzlich anzugeben.
9. Der Gebührenschuldner ist verpflichtet, der Kindergartenverwaltung der Stadt unverzüglich Mitteilung zu machen, sobald sich die für die Festsetzung der Betreuungsgebühr ausschlaggebenden wirtschaftlichen und persönlichen Verhältnisse positiv oder negativ geändert haben.

10. Betriebsstörungen, welche die Stadtverwaltung nicht zu vertreten hat (Streiks, krankheitsbedingte Störungen etc.) rechtfertigen keine Reduzierung bzw. Ermäßigung der Benutzungsgebühr. Es können hieraus auch keine Schadensersatzansprüche gegen die Stadtverwaltung geltend gemacht werden. Die Gebührenpflicht entfällt auch nicht anteilig für diejenigen Schließtage, an denen im Falle der Schließung in Folge eines Streiks oder aus organisatorischen oder personellen Gründen von Seiten der Einrichtung eine Betreuung ausgeschlossen ist und ein Not-Platz nicht in Anspruch genommen wird und dies an mehr als zwei Tagen innerhalb eines Monats der Fall ist. Allerdings werden die an diesen Streiktagen eingenommenen Gebühren nach Beendigung des Streiks den jeweiligen Einrichtungen zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Auch während der üblichen Schließzeiten (insbesondere pädagogische Tage, Ferien, Betriebsausflug und Personalversammlung) entfällt die Gebührenpflicht nicht.

§ 8

Verpflegungssätze

1. Für die Verpflegung wird ein monatlicher Verpflegungssatz erhoben.
2. Der Verpflegungssatz beträgt für Tagheimkinder monatlich 70 Euro. Der Verpflegungssatz für Krippenkinder beträgt monatlich 60 Euro. Eine Erstattung erfolgt nur, wenn das Kind die Einrichtung länger als eine Woche nicht besuchen kann. Der Verpflegungssatz wird auf 11 Monate erhoben.

Für den Eingewöhnungsmonat wird kein Verpflegungssatz zur Zahlung fällig, soweit für diesen Eingewöhnungsmonat ein Verpflegungssatz erhoben wurde, wird der Betrag rückerstattet.

§ 7

Gebührensätze für die Kinderkrippe

Einkommensgrenze Stufe I bis 37.570€	10 Stunden	8 Stunden	6 Stunden	tagesweise pro Tag
1 Kind	224€	214€	204€	46€
2 Kinder	172€	162€	152€	35€
3 Kinder	123€	113€	103€	25€
ab 4. Kind	61€	51€	41€	13€

Einkommensgrenze Stufe II 37.570€ bis 69.750€	10 Stunden	8 Stunden	6 Stunden	tagesweise pro Tag
1 Kind	448€	428€	408€	90€
2 Kinder	343€	323€	303€	70€
3 Kinder	245€	225€	205€	50€
ab 4. Kind	121€	101€	81€	25€

Einkommensgrenze Stufe III über 69.750€	10 Stunden	8 Stunden	6 Stunden	tagesweise pro Tag
1 Kind	672€	642€	612€	136€
2 Kinder	515€	485€	455€	105€
3 Kinder	368€	338€	308€	77€
ab 4. Kind	231€	171€	123€	50€

Auf schriftlichen Antrag kann ein Platz im Verhältnis zwei zu drei Tage dann geteilt werden (Platz-Sharing), wenn es in der Einrichtung einen Sharing-Partner gibt. Die Einzelnutzung hat Vorrang.